

Kita-Gebühren: BBB will Einzelfall-Lösung für Härtefälle

(Bruchköbel/pm/jgd) – Der Bruchköbeler Bürgerbund (BBB) unterstützt die geplanten neuen Kindertagesstätten-Gebühren im Wesentlichen, pocht aber auf die Möglichkeit der „Einzelfalllösung für Härtefälle“, wie er in einer aktuellen Pressemitteilung bekanntgibt. Für die Neufassung der Kita-Gebühren sei eine gute und ausführliche Berechnung durch eine Wirtschaftsberatungsfirma vorgelegt worden. Die Berechnung stelle nun eine ausgezeichnete Arbeitsgrundlage dar und sei von der Beraterfirma wie auch von der Verwaltung gut und nachvollziehbar erläutert worden. Ergänzend habe der Gesamtelternbeirat kurzfristig eine aussagekräftige Elternumfrage dazu durchgeführt. Er habe mit viel Engagement in kurzer Zeit

eine umfangreiche Stellungnahme mit konkreten Änderungsvorschlägen erarbeitet, die den Stadtverordneten bereits im zuständigen Ausschuss vorgestellt wurde. Der BBB habe inzwischen -anscheinend als bisher einzige politische Gruppe- ein persönliches Gespräch mit Vertretern des Gesamtelternbeirates geführt. Daraus folgend, habe die BBB-Fraktion Änderungsvorschläge erarbeitet, die den übrigen Parteien zugeleitet worden seien.

Zentral sei die Aussage, dass im Grundsatz 25% der Kita-Kosten durch die Eltern aufgebracht werden sollen, betont man beim BBB. Demnach stellt der BBB die von Eltern zum Teil als sehr drastisch kritisierte Anhebung der Gebühren offenbar nicht grundsätzlich in Fra-

ge. Die Gebühren sollten aber jedenfalls „nach den konkret in Anspruch genommenen Leistungen der Kita festgelegt werden“, so der BBB. Ein besonderes Anliegen der Eltern sei es gewesen, einzelne Zusatzleistungen auf finanziell erträgliche Beträge herabzusetzen und Härten für Einzelfälle, insbesondere für Alleinerziehende Elternteile, zu vermeiden. Eine allgemeine Gebührenregelung könne solche Einzelfälle nicht ausreichend berücksichtigen. Die BBB-Fraktion schlägt daher vor, dass der Magistrat ermächtigt werden soll, in sozialen oder finanziellen Härtefällen -etwa im Falle Alleinerziehender- Einzelfallregelungen zu treffen, um unbürokratisch helfen zu können. Die BBB-Fraktion wolle nun für

parlamentarische Mehrheiten zu Gunsten einer Regelung werben, die die Interessen von Stadt und Eltern gleichermaßen und sozial ausgewogen berücksichtige. So möchte der BBB den Höchstsatz der Gebühren im U3-Bereich auch 2016 unter 300 Euro halten und die Gebühr für eine geplante Servicestunde mit 10 Euro deutlich absenken. Weiter soll der Hortbereich ein übersichtlicheres Gebührenmodell erhalten, bei dem der häufig genutzte Frühdienst als obligatorische Leistung mit einbezogen und einkalkuliert wird. Die Gebühren möchte der BBB in Stufen jeweils zum Beginn des Kindergartenjahres am 1. August erhöhen. 2016 sollen die Gebühren erstmals überprüft werden.